

## NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Jugend, Umwelt, Kultur, Sport und Soziales
Sitzungsnummer	AJUKSS/012/2017 Öffentliche Sitzung
Sitzungsdatum	Montag, 20.11.2017
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	21:15 Uhr
Sitzungsort	Stadthalle, Saal 3

### Teilnehmerliste

#### Vorsitzende

Frau Petra Ludwig

#### CDU-Fraktion

Frau Ulla Merz  
Frau Britta Uhe  
Herr Daniel Zerbe

#### SPD-Fraktion

Herr Dr. Rainer Dambeck  
Herr Sven Hölzel  
Frau Sieglinde Kilb

#### FWG-Fraktion

Frau Karin Gänßler  
Herr Albert Weber

#### Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Carsten Enge  
Herr Martin Stappel

#### FDP-Fraktion

Herr Christian Ehrentraut

#### Vertreter des Magistrats

Herr Christian Herfurth

#### Mitglieder der Verwaltung

Frau Sabine Fritz  
Herr Jörg Jansen  
Herr Kay Tenge  
Herr Axel Wilz

#### Schriftführer

Herr Markus Tuschy

#### weitere Teilnehmer

Herr Volker Nies  
8 Zuhörer/innen

## Tagesordnung

1		Genehmigung der letzten Niederschrift
2	064/2015	Antrag der SPD-Fraktion betr. Carsharing in Idstein
3	179/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Toilettenanlage für Busfahrer am Bahnhof
4	180/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Auswirkung der angeblichen Abschaffung der Kita-Gebühren durch das Land
5	198/2017	Bundesfachplanung für den Abschnitt A Riedstadt - Mannheim-Wallstadt des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath - Philippsburg)
5.1	182/2017	Antrag der FWG-Fraktion betr. Ultranet - Alternative Trassenführung und Erdverkabelung
5.2	213/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Ultranet-Trasse
6	201/2017	Antrag der FWG-Fraktion betr. Förderung des Tourismus in Idstein
7	205/2017	4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein
8	215/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Zusätzlicher Fahrkartenautomat am Bahnhof Wörsdorf
9	202/2017	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Satzung zum Schutz bestimmter Landschaftsbestandteile
10	227/2017	Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache-Nr. 187/2017, Haushaltsplan 2018, betr. Ausweitung der FIM-Maßnahmen
11		Haushalt 2018
11.1	219/2017	Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Familien- und Seniorenakademie
11.2	220/2017	Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Jugendtreff "Die Stube"
11.3	218/2017	Sammelantrag der FWG-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.4	221/2017	Sammelantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.5	222/2017	Sammelantrag der SPD-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.6	223/2017	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.7	226/2017	Sammelantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.8	187/2017	Haushaltsplan 2018
12		Mitteilungen des Magistrats
13		Verschiedenes

Vor der Eröffnung der Ausschusssitzung wurde eine Anfrage betr. Fotoerlaubnis und deren Veröffentlichung während der Sitzung, aus der Zuhörerschaft an die Ausschussvorsitzende herangetragen. Der Ausschuss lehnte den Antrag ab und untersagt folglich während der Ausschusssitzung die Erstellung von Fotos und deren Veröffentlichung.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Stadtverordnete Ludwig, begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung.

Ausschussvorsitzende Ludwig verweist auf die Tischvorlagen und beantragt die nachfolgenden Ergänzungen in der Beratungsfolge und Änderungen in der Tagesordnung:

- Drucksache-Nr. 198/2017 betr. Bundesfachplanung für den Abschnitt A Riedstadt - Mannheim-Wallstadt des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath - Philippsburg) soll auf Tagesordnungspunkt 5

- Drucksache-Nr. 182/2017 betr. Antrag der FWG-Fraktion betr. Ultranet - Alternative Trassenführung und Erdverkabelung soll auf Tagesordnung 5.1

- Drucksache-Nr. 213/2017 betr. Antrag der FDP-Fraktion betr. Ultranet-Trasse soll auf Tagesordnung 5.2

- Drucksache-Nr. 227/2017 im Kontext der Drucksache-Nr. 187/2017, Haushaltsplan 2018, betr. Ausweitung der FIM-Maßnahmen Haushaltsplan 2018, betr. Ausweitung der FIM-Maßnahmen soll auf Tagesordnungspunkt 10 eingestellt werden

- Drucksache-Nr. 226/2017 betr. Sammelantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018 soll auf Tagesordnungspunkt 11.7 eingestellt werden.

Der Ausschuss stimmt den Änderungen in der Beratungsfolge und in der Tagesordnung einvernehmlich zu.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Stadtverordnete Ludwig, dankt der Verwaltung für die Erstellung der Übersichtslisten als Tischvorlage, betr. Sammelanträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2018, wonach zum Tagesordnungspunkt 11, betr. Haushalt 2018 die Anträge der Fraktionen (Drucksache Nr. 219/2017, 220/2017, 218/2017, 221/2017, 222/2017, 223/2017 und 226/2017) in der Reihenfolge des von der Verwaltung vorgelegten Übersichtsblätter bearbeitet werden. Den Anträgen über die Vorgehensweise zur Bearbeitung der Anträge und Sammelanträge der Fraktionen wurde einvernehmlich zugestimmt.

Stadtverordneter Ehrentraut merkt an, dass er aus Sorge einer möglichen Befangenheit in der Beratung zur Drucksache-Nr. 219/2017 den Sitzungssaal verlässt. Bürgermeister Christian Herfurth erläutert hierzu, dass in der jüngsten Sitzung des Ältestenrates über den Themenkomplex „Befangenheit“ (§ 25 HGO - Widerstreit der Interessen) beraten wurde. Demnach ist in diesen konkreten Fall nicht von einer möglichen Befangenheit auszugehen. Weiterführend kündigt Bürgermeister Herfurth an, dass in der nächsten Ausschusssitzung über das Themenfeld „Befangenheit“ (§ 25 HGO - Widerstreit der Interessen) von der Sitzung des Ältestenrates berichtet werden soll.

## Protokollierung

1	<b>Genehmigung der letzten Niederschrift</b>
---	--

### Bemerkungen:

Die Niederschrift der letzten Sitzung wurde einstimmig genehmigt.

2	064/2015	Antrag der SPD-Fraktion betr. Carsharing in Idstein
---	----------	---

**Bemerkungen:**

Bürgermeister Herfurth merkt an, dass dem Ausschuss verwaltungsseitig eine Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion betr. Carsharing in Idstein vorliegt. Demnach wurde für Idstein ein Umsetzungskonzept für ein Carsharing-Angebot vorgelegt. Das Idsteiner Autohaus Ludwig (Ford) bietet die Umsetzung eines Carsharing-Angebotes mit zwei Fahrzeugen in Kooperation mit der Firma Pittner Mühlheim an. Als Standort sind zum einen der Platz vor der alten Realschule/dem Brauhaus (Stellplatz direkt neben dem Behindertenparkplatz) sowie ein Stellplatz am Bahnhof (direkt neben der Fahrradabstellanlage) geplant.

**Beschluss:**

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

3	179/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Toilettenanlage für Busfahrer am Bahnhof
---	----------	--

**Bemerkungen:**

Stadtverordnete Kilb erläutert den Antrag der SPD-Fraktion betr. Toilettenanlage für Busfahrer am Bahnhof.

Sabine Fritz merkt an, dass der Kioskbetreiber die Toilette angemietet hat, welche demnach den Busfahrern nicht für die tägliche Nutzung zur Verfügung steht. Eine entsprechende Nutzungsvereinbarung zu Gunsten der Busfahrer müsste durch den Verkehrsträger mit dem Kioskbetreiber erörtert und ggf. getroffen werden.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde von Bürgermeister Herfurth berichtet, dass die Deutsche Bahn als auch die Verkehrsbetriebe auf Anfrage der Stadt Idstein keine Verpflichtung sehen, eine für Busfahrer zugängliche Toilette auf dem Bahnhofsgelände vorzuhalten.

Die SPD-Fraktion merkt an, dass die Stadt Idstein im Zuge der Planungen zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes sich für die Errichtung einer öffentlichen Toilette bzw. Toilette für Busfahrer einsetzen soll.

**Beschluss:**

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

4	180/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Auswirkung der angeblichen Abschaffung der Kita-Gebühren durch das Land
---	----------	---

**Bemerkungen:**

Bürgermeister Herfurth berichtet über die umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung zu den Auswirkungen der angekündigten Abschaffung der Kita-Gebühren durch das Land Hessen ab dem 1. August 2018. Die erforderlichen strukturellen Änderungen (z. B. Änderung der Gebührensatzung, Änderung der Benutzungsordnung) werden über die einberufene Magistratsgruppe gesteuert. Der Stadelternbeirat soll hierzu frühzeitig eingebunden werden.

Die Hessische Landesregierung informierte schriftlich die Kommunen über das angestrebte Konzept der „Hessischen Beitragsfreistellung im Kindergarten“, welches demnach zum 1. August 2018 in Kraft treten soll. Im Frühjahr 2018 soll die gesetzliche Änderung der Hessischen Landesregierung beschlossen werden. Im Anschluss ist mit allen Idsteiner Trägern eine Vereinbarung zu erstellen, wonach eine Änderung der Gebührensatzung trägerseitig zwingend erforderlich ist. Zukünftig sollen die Eltern von Kindern ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung von den Gebühren bei einer Betreuung bis zu sechs Stunden täglich freigestellt werden. Anteilige Gebühren für die Betreuung über sechs Stunden täglich können analog des bestehenden Verfahrens „beitragsfreies letztes Kindergartenjahr“ erhoben werden.

**Beschluss:**

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

5	198/2017	<b>Bundesfachplanung für den Abschnitt A Riedstadt - Mannheim-Wallstadt des Vorhabens Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Osterath - Philippsburg)</b>
---	----------	---

**Bemerkungen:**

Bürgermeister Herfurth berichtet über die zurückliegenden Prüfungen zum Netzausbau sowie über die dem Ausschuss vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung wonach die Stadt Idstein mit den Nachbarkommunen Hünstetten, Niedernhausen, Eppstein wie auch dem Rheingau-Taunus-Kreis im direkten Austausch stehen. Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich, dass sich weitere Aspekte für die Stellungnahme ergeben können die dann ergänzend eingebracht werden sollten.

**Beschluss:**

1. Das Schreiben der Bundesnetzagentur vom 23. Oktober 2017 (Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 198/2017) sowie die Planunterlagen für das Vorhaben Nr. 2 des Bundesbedarfsplangesetzes (Ultranet Osterath-Philippsburg) für den Abschnitt A Riedstadt - Mannheim-Wallstadt werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt gegenüber der Bundesnetzagentur fristgerecht auf Grundlage des beigefügten Entwurfes (Anlage 2 zur Drucksache-Nr. 198/2017) eine Stellungnahme abzugeben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

5.1	182/2017	<b>Antrag der FWG-Fraktion betr. Ultranet - Alternative Trassenführung und Erdverkabelung</b>
-----	----------	---

**Bemerkungen:**

Bürgermeister Herfurth berichtet über die Stellungnahme der Verwaltung, welche dem Protokoll beigefügt wird.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

5.2	213/2017	Antrag der FDP-Fraktion betr. Ultrahoch-Strasse
-----	----------	---

**Bemerkungen:**

Stadtverordneter Ehrentraut erläutert den Antrag betr. Ultrahoch-Strasse wonach Informationen für die betroffenen Anwohner in Wörsdorf und Idstein-Ost für den weiteren Beratungslauf eingefordert werden sollen. Bürgermeister Herfurth merkt an, dass eine Stellungnahme der Verwaltung diesbezüglich erstellt wurde und dem Protokoll beigelegt wird.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

6	201/2017	Antrag der FWG-Fraktion betr. Förderung des Tourismus in Idstein
---	----------	--

**Bemerkungen:**

Stadtverordnete Gänßler erläutert die Beschlussvorlage betr. Förderung des Tourismus in Idstein.

Sabine Fritz berichtet, dass auf die zahlreichen positiven Rückmeldungen der Besucher die vorhandene Tourismusbeschilderung über die Sehenswürdigkeiten in der Historischen Altstadt eine gute Orientierung ermöglicht und demnach ausreichen würde. Darüber hinaus bietet die Idstein-App umfangreiche Informationen und einen Stadtrundgang (auch auf Englisch) an. Zusätzlich gibt es an den aussagekräftigen Stellen (Killingerhaus, Schiefes Haus, Obere Schlossgasse) sogenannte QR-Codes, welche mittels Smartphone den Besucher virtuell über die Sehenswürdigkeit informiert sowie weiterführend in einen erlebnisreichen Stadtrundgang einbindet.

Stadtverordneter Dr. Dambeck regt an die Idsteiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Ortsbeiräte aktiv in die Weiterentwicklung des digitalen Angebotes einzubeziehen.

**Beschluss:**

Der Magistrat wird gebeten folgendes zu prüfen:

Zur Förderung des Tourismus, an verschiedenen Standorten in Idstein (z. B. Busumsteigeanlagen am Bahnhof und in der Schulgasse, auf dem Löherplatz/am Gerberhaus) jeweils eine Infotafel aufzustellen. Diese sollen Wissenswertes über Idstein und seine Stadtteile vermitteln.

Über das Ergebnis inklusive Kostendarstellung ist der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 2 Nein: 9 Enthaltung: 1

Tagesordnung II

7	205/2017	4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein
---	----------	---

**Bemerkungen:**

Stadtverordneter Enge merkt an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein der Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein nicht zustimmt und beantragt eine getrennte Abstimmung zu den Punkten „Säumnisgebühren“ und „Jahresgebühren“.

Die SPD-Fraktion kündigte an, dass sie der Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein mit der Begründung der Verhältnismäßigkeit zustimmen.

Bürgermeister Herfurth erläutert, dass sich mit der Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein die Gebühren für Minderjährige nicht erhöhen werden.

Der Ausschuss stimmt einvernehmlich dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf getrennte Abstimmung zu.

**Beschluss:**

Die Erhöhung der Säumnisgebühren gemäß der 4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein wird gemäß Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 205/2017 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

**Beschluss:**

Die Erhöhung der Jahresgebühren gemäß der 4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein wird gemäß Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 205/2017 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 10 Nein: 2 Enthaltung: 0

**Beschluss:**

Die 4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein wird gemäß Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 205/2017 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**  
mehrheitlich zugestimmt

Ja: 10 Nein: 2 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

8	215/2017	Antrag der SPD-Fraktion betr. Zusätzlicher Fahrkartenautomat am Bahnhof Wörsdorf
---	----------	--

**Bemerkungen:**

Stadtverordnete Kilb erläutert den Antrag der SPD-Fraktion betr. zusätzlicher Fahrkartenautomat am Bahnhof Wörsdorf mit der Begründung, dass Personen mit Handicap und Eltern mit Kinderwagen vom Gleis 1 nicht oder nur unter großen Anstrengungen den vorhandenen Fahrkartenautomat erreichen können. Um dem Abhilfe zu leisten sollte die Bahn aufgefordert werden einen zusätzlichen Fahrkartenautomat an Gleis 1 an der Bahnhaltestelle Wörsdorf zu installieren.

Bürgermeister Herfurth berichtet, dass die Stadt Idstein mit dem Schreiben vom 8. November 2017 die DB Vertrieb GmbH hinsichtlich des Antrages der SPD-Fraktion um Stellungnahme bat. Eine Rückantwort ist bis zum 17. November 2017 nicht erfolgt. Weiterführend empfiehlt Bürgermeister Herfurth die Vertagung der Beratungen bis die Stellungnahme der DB Vertrieb GmbH vorliegt.

Der Ausschuss stimmt einer Vertagung der Beratungen bis zur Vorlage der Stellungnahme der DB Vertrieb GmbH nicht zu.

**Beschluss:**

Der Magistrat wird beauftragt, in Verhandlung mit der Bahn zu treten mit dem Ziel einen zusätzlichen Fahrkartenautomat an Gleis 1 (Fahrtrichtung Limburg) an der Bahnhofstetelle Wörsdorf zu installieren.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

9	202/2017	<b>Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Satzung zum Schutz bestimmter Landschaftsbestandteile</b>
---	----------	--

**Bemerkungen:**

Stadtverordneter Stappel erläutert den Antrag betr. Satzung zum Schutz bestimmter Landschaftsbestandteile und merkt an, dass der Erhalt des Baumbestandes in Idstein-Kern nachhaltig zwecks Stadtbild und Klima zu sichern ist. Baudirektor Wilz berichtet zum Sachverhalt (Baumschutzsatzung) welcher im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes im Themenfeld Umwelt und im Anschluss bei der Erstellung des Flächennutzungsplanes und des Landschaftsplanes inhaltlich vorbereitet und beraten werden soll. Weiterführend berichtet er über Erfahrungen der Nachbarkommunen zu strukturellen sowie rechtlichen Auswirkungen.

Der Antrag wird bis zur Wiederaufrufung des Antragsstellers zurückgestellt.

10	227/2017	<b>Antrag der FDP-Fraktion zur Drucksache-Nr. 187/2017, Haushaltsplan 2018, betr. Ausweitung der FIM-Maßnahmen</b>
----	----------	--

**Bemerkungen:**

Herr Jansen berichtet, dass die FIM-Maßnahme sich ausschließlich an noch nicht anerkannte Flüchtlinge richtet. Da sich ein Großteil der Flüchtlinge mittlerweile in der Anerkennungsphase befindet, scheiden diese Personen für die Teilnahme an der FIM-Maßnahme aus.

Bei den nicht anerkannten Flüchtlingen handelt es sich in der Regel um junge Familien mit Kindern, die nach Ansicht der Fachabteilung entweder mit der Teilnahme an einer FIM-Maßnahme überfordert wären und/oder außerdem nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen.

Aus diesem Grunde kann die Fachabteilung derzeit keinen Flüchtling für den Einsatz im Bauhof in den Bereichen "Unterhaltung und Pflege der öffentlichen Spiel- und Bolzplätze" sowie „Unterhaltung und Bewirtschaftung der städt. Parkanlagen und Liegenschaften“ empfehlen.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Tagesordnung II



11		<b>Haushalt 2018</b>
----	--	----------------------

11.1	<b>219/2017</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Familien- und Seniorenakademie</b>
------	-----------------	---

**Bemerkungen:**

Stadtverordneter Zerbe erläutert den Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Familien- und Seniorenakademie, wonach bei einer angespannten Haushaltslage nicht alle Wünschenswerten freiwilligen Leistungen der Stadt Idstein fortgeführt werden können. Durch eine frühzeitige Kündigung könnten die verantwortlichen der vhs Rheingau - Taunus e. V. sich nach Unterstützern umschauen um die Arbeit der Familien- und Seniorenakademie fortzuführen.

Bürgermeister Herfurth merkt an, dass hierzu in der verwaltungsseitigen Liste zu den Sammelanträgen der Fraktionen zum Haushalt 2018 in Ziffer 26 der früheste Kündigungstermin zum 31. Dezember 2018 aufgeführt ist.

Stadtverordneter Hölzel regt an, dass bevor eine Kündigung erfolgt mit den betroffenen Kooperationspartnern gesprochen wird. Die maßgebliche Arbeit zum Programm der Familien- und Seniorenakademie trägt derzeit die Hochschule Fresenius, so dass im Vorfeld einer Kündigung über mögliche Übernahmen der Trägerschaft über lokale Bildungsträger verhandelt werden soll.

Auf Nachfrage sicherte Bürgermeister Herfurth zu, dass der Finanzierungsvertrag mit der vhs Rheingau - Taunus e. V., bezüglich der Förderung der Familien- und Seniorenakademie, dem Protokoll beigefügt wird.

Der Antrag wird vertagt bis der Vertrag allen Ausschussmitgliedern zu weiteren Beratung vorliegt.

11.2	<b>220/2017</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Jugendtreff "Die Stube"</b>
------	-----------------	--

**Bemerkungen:**

Stadtverordneter Zerbe erläutert den Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018 betr. Jugendtreff "Die Stube".

Stadtverordneter Hölzel merkt an, dass in den Räumlichkeiten der AWO KiTa „Die Stube“ zwei Räume für den Jugendtreff der Stadt Idstein zur Verfügung gestellt wird. Die jährlichen Kosten in Höhe von 15.000,00 € wurden einvernehmlich zwischen der Stadt Idstein und dem Träger der Kindertagesstätte vereinbart und werden für die anfallenden Kosten der Reinigung, Unterhaltung und Nebenkosten erhoben.

Bürgermeister Herfurth berichtet, dass die Stadt Idstein die Jugendpflegerin beschäftigt und hierfür die Personalkosten sowie anfallende Sachkosten trägt. Die Kündigungsfrist der Räumlichkeiten in der AWO KiTa „Die Stube“ beträgt sechs Monate zum Quartalsende.

Herr Jansen berichtet, dass das Konzept der städtischen Jugendpflege überarbeitet wird und empfiehlt den Antrag erst nach der Erstellung des Konzeptes zu beraten.

Der Antrag wird zurückgestellt bis das überarbeitete Konzept der städtischen Jugendpflege Idstein dem Ausschuss zur weiteren Beratung vorliegt.

11.3	218/2017	Sammelantrag der FWG-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.4	221/2017	Sammelantrag der CDU-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.5	222/2017	Sammelantrag der SPD-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.6	223/2017	Sammelantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Idstein betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.7	226/2017	Sammelantrag der FDP-Fraktion betr. Haushaltsplanentwurf 2018
11.8	187/2017	Haushaltsplan 2018

**Bemerkungen:**

Es besteht Übereinstimmung im Ausschuss, die Sammelanträge der Fraktionen in der Reihenfolge des von der Verwaltung vorgelegten Übersichtsblattes aufzurufen. Ausschussvorsitzende Ludwig dankt der Verwaltung für die gute Vorarbeit.

Zu lfd. Nr. 2 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern "Wann erfolgt in Idstein die Darstellung der Auswirkungen der Kindergartengebührenübernahme durch das Land?"

Stellungnahme:

Das Land Hessen kündigte im August 2017 an, dass zum 1. August 2018 die Eltern deren Kinder das vollendete dritte Lebensjahr erreicht haben bis zum Schuleintritt bis zu einer Betreuung von 6 Stunden täglich von den Gebühren befreit werden sollen. Hierzu soll die Kommune bis zu 135,80 € monatlich erhalten. Eine gesetzliche Grundlage liegt frühestens den Kommunen in Hessen im Frühjahr 2018 vor, so dass im Anschluss durch die Änderung der Gebührensatzung belastbare Berechnungen und deren Auswirkungen auf den Haushalt verwaltungsseitig möglich sind.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 1 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern "Anschaffung von Elektrofahrzeugen bei allen Fahrzeugneuanschaffungen für Dienstfahrzeuge prüfen. Im JUKS-Ausschuss berichten".

Stellungnahme:

Alle Kleinfahrzeuge werden grundsätzlich geleast und im öffentlichen Vergabeverfahren ausgeschrieben. Es handelt sich hierbei um Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Es gibt ein E-Fahrzeug und ein E-Bike. Aufgrund der eingeschränkten Kilometerreichweite wurde bisher von weiteren E-Fahrzeugen Abstand genommen.

## **Beschluss**

Prüfauftrag an die Verwaltung, dass bei Neuanschaffungen von Dienstfahrzeugen zukünftig E-Fahrzeuge vorrangig erworben werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltung: 0

## Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 25 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Erläutern "Warum werden geringere Einnahmen kalkuliert? Werden weniger Abos verkauft?".

### Stellungnahme:

Abo 2016/2017 = 464, 2017/2018 = 404. Rückgang durch Generationswechsel, jüngere Menschen wollen sich nicht längerfristig binden. Geringere Einnahmen haben auch geringere Ausgaben zur Folge.

Die CDU-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 26 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Beschlussempfehlung „Der Magistrat wird beauftragt, den Vertrag mit der VHS fristwahrend zu kündigen, um für das Haushaltsjahr 2019 (oder früher) die Möglichkeit zu eröffnen, diese Aufgabe zu erörtern und ggf. gänzlich Dritten zu übertragen und keine städtischen Mittel hierfür auszugeben“. Antrag: Streichung des Ansatzes in Höhe von 10.000,00 €

### Stellungnahme:

Die Kündigung ist nach aktuellem Sachstand 3 Monate zum Jahresende möglich - somit zum 31.12.2018.

Der Finanzierungsvertrag mit der vhs Rheingau - Taunus e. V., bezüglich der Förderung der Familien- und Seniorenakademie, wird dem Protokoll beigefügt.

Der Antrag wird vertagt bis der Vertrag allen Ausschussmitgliedern zu weiteren Beratung vorliegt.

Zu lfd. Nr. 27 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag "Keine Gebührenerhöhung".

### Stellungnahme:

Verweis auf Tagesordnungspunkt 7, Drucksache-Nr. 205/2017 und Punkt 4 im Haushaltssicherungskonzept Punkt 4.

## **Beschluss:**

Die 4. Satzung zur Änderung der Gebührenordnung für die Stadtbücherei der Stadt Idstein wird gemäß Anlage 1 zur Drucksache-Nr. 205/2017 beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

Ja: 10 Nein: 2 Enthaltung: 0

## Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 28 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Beschlussempfehlung „Der Magistrat wird beauftragt durch Werbung und Meldungen in der Presse auf das umfangreiche Angebot der Stadtbücherei bei weiterhin sehr günstigen Gebühren hinzuweisen“.

Stellungnahme:

Die Stadtbücherei wird immer wieder auch durch Veranstaltungen, verschiedene Angebote und Aktivitäten beworben, dies wird auch in Zukunft fortgeführt.

Die CDU-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 29 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern „Angabe des Trägers bei OCTOPUS falsch, Kulturring Träger?“.

Stellungnahme:

Erläuterungen werden redaktionell geändert, Ansatz für den Haushalt 2018 wird auf null gesetzt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 30 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern „ Beitrag für den Kinosommer ?“. Antrag: Erhöhung des Ansatzes um 2.000,00 €

Stellungnahme:

Zur Durchführung der Veranstaltung in der bekannten Weise wird ein Betrag von 4.500 bis 5.000 € (einschl. Bauhofkosten) benötigt.

Der Antrag wird nach dem Bericht der Verwaltung vom Antragssteller zurückgezogen.

Zu lfd. Nr. 31 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung des Ansatzes um 1.000,00 €“.

Stellungnahme:

Fest der Vereine ist bereits im Produkt 05.315.02 hinterlegt

Der Antrag wird nach dem Bericht der Verwaltung vom Antragssteller zurückgezogen.

Zu lfd. Nr. 32 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Beratungsleistungen, wofür?“.

Stellungnahme:

Zuschuss der Stadt Idstein zu den Managementleistungen „Kulturnbahnhof“ von Frau Schreier.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 33 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Sachstand zur Gründung der gGmbH?“.

Stellungnahme:

Verzögerungen zur Gründung der gGmbH sind nicht allein durch Stadt Idstein entstanden. Ende November 2017 sind Abstimmungsgespräch mit der Hochschule Fresenius geplant.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 34 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung des Ansatzes um 5.000,00 €, Zuschuss Behindertenbeirat für die Erneuerung des Stadtführers“.

Stellungnahme:

Die Erneuerung des Stadtführers konnte 2017 aus Zeitgründen nicht umgesetzt werden - darüber hinaus besteht aktuell keine direkte Nachfrage eines Druckexemplares - Restbestände sind vorhanden.

Der Antrag wird nach dem Bericht der Verwaltung vom Antragssteller zurückgezogen.

Zu lfd. Nr. 35 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Warum geringere Personalkosten gegenüber 2016? - 50.000,00 €?“.

Stellungnahme:

Personalkosten für die Flüchtlingsarbeit im Jahr 2016 sind im Produkt abgebildet, ab dem 2017 im Produkt 05.315.03 aufgeführt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 36 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Zuwendung interkulturelle Woche?“.

Stellungnahme:

Der bisherige Ansatz i.H.v. 1.000,00 € war nach aktueller Kenntnis des Budgetverantwortlichen ausreichend und ist wirtschaftlich vertretbar.

Der Antrag wird nach dem Bericht der Verwaltung vom Antragssteller zurückgezogen.

Zu lfd. Nr. 37 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Warum entfällt Projekt "Eltern-Kind-Kaffee"?“.

Stellungnahme:

Aufgrund von Konsolidierungsansätzen / 2017 einmaliger Zuschuss nach MAG-Mitteilung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 38 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Wird der Differenzbetrag zu 2017 jetzt in anderen Produkten dargestellt? Wodurch ergibt sich die Reduzierung? z. B. Wegfall der Rechtsgrundlage?“.

Stellungnahme:

Leistungen an die Diakoniestation Idstein wurden zum 31.12.2017 fristgerecht gekündigt. BWfS sowie die Zahlung an das Diakonische Werk wurden aufgrund fehlender Vertragsgrundlagen eingestellt. In 2018 erfolgt noch eine Nachzahlung aus dem Jahr 2015. Die Zuwendung von freiwilligen Leistungen unterliegt dem Vergabeverfahren oder Förderrichtlinien/Verträgen. Für 2018 ist die Vorlage eines Sozialplanes angedacht, sowie die möglichen Vorlage von Förderrichtlinien.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 12 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern " Wer hat was und wofür erhalten?".

Stellungnahme:

Zu „Transferaufwendungen“ zählt das Sachkonto „Hilfe zum Lebensunterhalt AsylbLG Personen außerhalb von Einrichtungen“. Darunter fallen Mieten, Nebenkosten, Reparaturen, Müllentsorgung, kleinere Anschaffungen etc.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 39 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Warum sinken die die ordentlichen Aufwendungen so drastisch?“.

Stellungnahme:

Leistungen an die Diakoniestation Idstein wurden zum 31.12.2017 fristgerecht gekündigt. BWfS sowie die Zahlung an das Diakonische Werk wurden aufgrund fehlender Vertragsgrundlagen eingestellt. In 2018 erfolgt noch eine Nachzahlung aus dem Jahr 2015. Die Zuwendung von freiwilligen Leistungen unterliegt dem Vergabeverfahren oder Förderrichtlinien/Verträgen. Für 2018 ist die Vorlage eines Sozialplanes angedacht, sowie der möglichen Vorlage von Förderrichtlinien.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 40 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Ist ein neues Konzept zu den Angeboten der Ferienbetreuung geplant?“.

Stellungnahme:

Bereits im Jahr 2017 wurde der Zeitraum der Ferienbetreuung von drei auf zwei Wochen reduziert. Inhaltlich finden jährliche Anpassungen statt. Für den Zeitraum 2018/2019 sind Konzeptionsplanungen angedacht.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 41 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung der Ausgaben um 30.000,00 € Personalkosten für die Stelle der aufsuchenden Jugendarbeit (0,50 Stelle)“.

Stellungnahme:

Das Konzept der "Aufsuchenden Jugendarbeit" wird aktuell verwaltungsintern im Rahmen einer allgemeinen Überarbeitung des Konzeptes "Jugendpflege Idstein 2008" bewertet, konzeptionell angepasst und dem Gremium zur Freigabe vorgestellt. Eine Stellenbesetzung soll 2018 erfolgen. Die Stelle ist im Stellenplan der Stadt Idstein vorhanden, so dass hierfür keine zusätzlichen Mittel erforderlich sind.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 42 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Warum sonst keine Personalaufwendungen bei der offenen Jugendarbeit?“.

Stellungnahme:

Im Stellenplan ist bei diesem Produkt keine Stelle vorhanden und es wird hier derzeit auch kein Personal geführt. Im Produkt 06.366.01 sind jedoch 4 Planstellen vorhanden.

Der Antrag wird vertagt und nach Stellungnahme der Verwaltung in der Haupt- und Finanzausschuss-sitzung aufgerufen.

Zu lfd. Nr. 43 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Belegungszahlen fehlen – Bitte vorlegen, Mitarbeiterzahl und Stundenzahl vorlegen. Wie hoch ist aktuell der städtische Zuschuss pro Kindergartenplatz?“.

Stellungnahme:

Belegungszahlen zum Stichtag 1. März 2017 liegen dem Ausschuss vor. Mitarbeiterzahl und Stundenzahl zum Stichtag 14. November 2017: 80 Fachkräfte (Brutto 2.342 Std./wöchentlich und 211 Std./wöchentlich fremdfinanziertes Fachpersonal); 7 Küchenkräfte (Brutto 100,25 Std./wöchentlich); 4 Berufspraktikanten (78,00 Std./wöchentlich).

Die Kosten pro Betreuungsstunden in Höhe von 12,48 € wurden zum Stichtag 1. März 2017 ermittelt, wobei die Daten über die Höhe der Gesamtkosten (Rechnungsergebnis) im laufenden Jahr 2017 noch nicht vorliegen. Ferner ist zu beachten, dass die Kosten einer Betreuungsstunde lediglich ein Durchschnittswert (240 Betreuungstage im Jahr) darstellt, welcher über alle Betreuungszeiten und Betreuungsangebote (KiTa & Krippe) zum Stichtag 1. März 2017 ermittelt wurde.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 44 (Liste 1): Antrag der SPD-Fraktion betr.: Erläutern: „Welche Maßnahmen waren für die Kita Kinderwelt (30.000 €) und die Kita Sonnenblume (79.000 €) geplant, die hier geschoben werden sollen (siehe HH-Sicherungskonzept)?“.

Stellungnahme:

Die Maßnahmen Kita Kinderwelt "Räume neu streichen" und Kita Sonnenblume "Fassaden – und Fensteranstriche, Erneuerung Bodenbeläge " wurden gestrichen und sollen im Haushaltsjahr 2019 durchgeführt werden.

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 45 (Liste 1): Antrag der SPD-Fraktion betr.: Erläutern: „Wieso und wann gab es einen Wechsel in der Strategie, dass nunmehr ein privater Investor für die neue Kita gesucht wird, statt diese selbst zu errichten? Wie ist der Sachstand in dieser Angelegenheit?“.

Stellungnahme:

Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung vom 29.06.2017 zur Drucksachen -Nr. 107/2017. Im laufenden Interessensbekundungsverfahren liegen qualifizierte Angebote von anerkannten freien Trägern vor. Im nächsten Schritt erfolgt eine Angebotsaufforderung, welche verwaltungsseitig zu einem Vergabevorschlag führt und zur Beratung dem Magistrat, den Ausschüssen und zur Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2018 vorgelegt wird.

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 46 (Liste 1): Antrag der SPD-Fraktion betr.: Erläutern: „Da im nächsten Jahr noch keine neue Kita in Betrieb gehen kann: Welche Übergangslösungen werden für 2018 angestrebt, um den Betreuungsplatzbedarf zu decken? Mit welchem Aufwand ist für diese Übergangslösungen zu rechnen? Wo sind im Haushaltsentwurf Mittel für diesen Aufwand eingestellt?“.

Stellungnahme:

Die Verwaltung steht im fachlichen Austausch mit dem örtlichen Jugendhilfeträger, dem Jugendhilfeplaner und dem Magistrat um die zwingend erforderlichen Maßnahmen zur kurzfristigen bedarfsgerechten Schaffung von Betreuungsplätzen in Idstein zu realisieren. Es wurde hierzu eine Magistratsgruppe unter der Leitung von Bürgermeister Herfurth eingerichtet um die Maßnahmen zu steuern und zu befördern. Kostenschätzungen und Machbarkeitsstudien zur Schaffung der erforderlichen Betreuungsangeboten, je nach Art und Umfang, liegen der Verwaltung vor und werden nach Beschlussempfehlung des Magistrates zur Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Der Antrag wird vertagt und nach Stellungnahme der Verwaltung in der Haupt- und Finanzausschusssitzung aufgerufen.

Zu lfd. Nr. 47 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Einstellungssituation? Wie kann man besser Personal rekrutieren?“.

Stellungnahme:

Zum neuen KiTa-Jahr waren allen Fachkraftstellen in den städtischen Kindertagesstätten besetzt. Kurzfristige und jährlich wiederkehrende vakante Fachkraftstellen (z. B. unterjährige Langzeiterkrankungen und Beschäftigungsverbote) können über die Errichtung eines einrichtungsübergreifenden Vertretungspools ausgeglichen werden. Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen könnte dem demografischen Wandel (Altersstruktur der Fachkräfte) entgegenwirken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 13 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern "Ist hier die Übernahme der KIGA-Gebühren durch das Land Hessen bereits enthalten?".

Stellungnahme:

Nein, hierzu wurde vom Land Hessen noch keine Verordnung erstellt, auf deren Grundlage belastbare Berechnungen erfolgen könnten.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 15 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern „Werden 31.650,00 € nur für vier Sonnensegel ausgegeben?“.

Stellungnahme:

Nein, in der Haushaltsanmeldung 2018 wurden für vier Sonnensegel ca. 14.300,00 € in den Kindertagesstätten eingeplant.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 48 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: Einnahmen über externe Förderung in Höhe von 10.000,00 € in den Haushalt 2018 einstellen".

Stellungnahme:

KiTa Zaubergarten, KiTa Tabaluga und KiTa Kinderwelt benötigen auf dem Außengelände einen zusätzlichen Sonnenschutz (Kinderschutz), welcher durch die Verwaltung möglichst über die Beantragung einer Landesförderung im Frühjahr 2018 in Abstimmung mit der Fachaufsicht des örtlichen Jugendhilfeträgers realisiert wird.

Der Antrag wird nach dem Bericht der Verwaltung vom Antragssteller zurückgezogen.

Zu lfd. Nr. 49 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Warum Reduzierung? Wodurch kommt diese?“.

Stellungnahme:

Die Reduzierung erfolgte nachdem der Beschluss gefasst wurde, dass die Stadt Idstein die neue KiTa nicht selbst betreibt und somit hierfür für Ausstattung & Inventar keine zusätzliche Mittel benötigt.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.



Zu lfd. Nr. 50 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Belegungszahlen fehlen – Bitte vorlegen?“.

Stellungnahme

Die Belegungszahlen liegen dem Ausschuss vor.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 51 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Woher kommen die Schwankungen in den jährlichen prognostizierten Zuwendungen (2019)?“.

Stellungnahme:

Der Zuschussbedarf der Stadt Idstein zu den Kosten für die Sanierung der Außenfassade wird auf ca. 66.000 € geschätzt und soll im Jahr 2019 ausgeführt werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 52 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Vertrag zum 31.12.2018 kündbar. Wie ist der Sachstand der Vertragsverhandlungen?“.

Stellungnahme:

In Abstimmung mit dem Magistrat und den Trägern wurden Musterverträge erstellt und befinden sich derzeit im Beratungsgang der jeweiligen Träger. Bis zum Sommer 2018 soll das Verfahren zur Neugestaltung der Trägerverträge abgeschlossen sein.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 53 (Liste 1): Antrag der SPD-Fraktion betr.: Erläutern: „Warum liegen der Verwaltung keine Informationen über die gewünschten Maßnahmen/Projektziele zur Erweiterung des Jugendtreff Wörsdorf vor (siehe verwaltungsseitige Stellungnahme zu den Wünschen der Ortsbeiräte), obwohl ein entsprechendes Konzept bereits durch den Ortsbeirat Wörsdorf eingereicht wurde?“.

Stellungnahme:

Baumaßnahmen zur Erweiterung sind aktuell nicht vorgesehen. Konzeptionell wird verwaltungsseitig eine Reaktivierung der bestehenden Räumlichkeiten in 2018/2019 angestrebt. Ein Bestandteil des neuen Konzeptes der Jugendpflege, welches im nächsten Jahr erstellt wird.

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 54 (Liste 1): Antrag der SPD-Fraktion betr.: Erläutern: „Wie ist der Sachstand zum neuen Konzept für die Jugendarbeit in Idstein und wann liegt dieses vor?“.

Stellungnahme:

Das Konzept "Jugendpflege Idstein" wird derzeit verwaltungsintern neu bewertet. Ergänzend werden die Informationen des 15. Jugendberichtes der Bundesrepublik aktuell auf Kreisebene diskutiert und im Bedarfsfall in die Konzeptüberlegungen eingebunden.

Die SPD-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 55 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Antrag: „Kürzung des Etat in Höhe von 15.000,00 €. Der Magistrat wird beauftragt, den Vertrag mit der AWO betr. den Jugendtreff „Die Stube“ fristwährend zu kündigen. Vor einer evtl. Verlängerung soll die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss auf Grundlage der tatsächlichen und aktuellen Notwendigkeit und Nutzung der „Stube“ fassen. Es liegt dort kein sozialer Brennpunkt mehr vor“.

Stellungnahme:

Der Jugendtreff "Die Stube" wird in den Räumen der AWO betrieben und ist durch einen Vertrag vom 14.05.2017 geregelt. Unter §9 ist die Nutzung der Räume geregelt. Eine Vertragskündigung ist mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende eines Quartals schriftlich kündbar. Eine Teilvertragskündigung bedarf der Schriftform und der Genehmigung der AWO.

Die CDU-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 56 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Sachstand bei der Standortsuche, Wo sind die Spendengelder veranschlagt?“.

Stellungnahme:

Die Verwaltung erstellt zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Sachbericht.

Der Antrag wird vertagt und nach Stellungnahme der Verwaltung in der Haupt- und Finanzausschuss-sitzung aufgerufen.

Zu lfd. Nr. 16 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern „Wurde da eine halbe Stelle neu geschaffen?“.

Stellungnahme:

Nein, der Ansatz im Haushalt 2018 liegt höher, da im HH-Plan 2017 im Zuge der Haushaltskonsolidierung eine nicht besetzte Teilzeitstelle in der Jugendarbeit auch nicht berechnet war.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 57 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Sachstand zum Konzept der Neugestaltung von Spielplätze?“.

Stellungnahme:

Ein Konzept zur Neugestaltung von Spielplätzen ist der Verwaltung nicht bekannt. Die Verwaltung schlägt die Erstellung einer Spielleitplanung vor, aus der heraus eine zielgruppenorientierte, transparente und wirtschaftlich kalkulierbare Strategieplanung herleitbar ist.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 58 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Wer macht Inspektionen der Bolzplätze, Rhythmus, Qualität von Spielplatzkontrollen?“.

Stellungnahme:

Bolz- und Spielplätze werden im 8-Wochenrhythmus durch externe Fachkraft geprüft. Ein Sachkundiger geschulter Mitarbeiter hat monatlich den Zustand zu kontrollieren. Die Ergebnisse werden dokumentiert und in Abstimmung mit dem Fachamt entsprechend bearbeitet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 59 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Erläutern: „Was ist -Förderung Jugendkultur der Schulen (StVV-Beschluss)-? (Zuständigkeit RTK?)“.

Stellungnahme:

Geringfügiger Zuschuss für Schulprojekte kultureller Art.

Die CDU-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 60 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung der Ausgaben um 45.000,00 € für die Nachbesetzung der Stelle "Sportpflege"; warum hier keine Personalaufwendungen?“.

Stellungnahme:

Die Stelle „Sportpflege“ soll im Jahr 2018 ausgeschrieben werden. Aktuell plant die Verwaltung eine Restrukturierung der Abteilungsstruktur.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 61 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Wodurch kommt die Erhöhung?“.

Stellungnahme:

Anträge Reit- und Fahrverein für 1. Neue Lichtplatten Reithalle und 2. Erneuerung der Tretschicht des Außenplatzes Gesamtvolumen 46.902,10 €, Max. Förderung durch Stadt laut Förderrichtlinien 20 %, entspricht 9.380,42 €.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 62 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Warum Erhöhung von 50.000 € auf 60.000 €? Wodurch kommt diese?“.

Stellungnahme:

Anträge Reit- und Fahrverein für 1. Neue Lichtplatten Reithalle und 2. Erneuerung der Tretschicht des Außenplatzes Gesamtvolumen 46.902,10 €, Max. Förderung durch Stadt laut Förderrichtlinien 20 %, entspricht 9.380,42 €.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 63 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Übernehmen der Verein/die Vereine die Unterhaltung des Kunstrasens in der Zissenbach wie in Wörsdorf und Heftrich? Gleichbehandlung?“.

Stellungnahme:

Ein Vertragswesen zum Kunstrasenplatz Zissenbach ist aktuell noch nicht verfasst. Es ist angedacht, die Unterhaltung (hier die Pflege) der Spielfläche in die fachliche Verantwortung Stadtwerke Idstein (SWI) zu übernehmen. Diese Vorgehensweise wäre dann auch für die Kunstrasenflächen Heftrich/Wörsdorf angedacht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 17 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern „Wieso sinkt die Kostenerstattung des RTK um 15.000,00 €?“.

Stellungnahme:

Die Beteiligung des RTK für die Sporthalle ist Maßnahmenabhängig.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 18 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern „Warum Ansatzsteigerung um 43.190,00 €?“.

Stellungnahme:

Weil im Haushalt 2017 die nicht besetzte Stelle des Sportpflegers ab Mai 2017 nicht berechnet war.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 21 (Liste 2): Antrag der FDP-Fraktion betr.: Erläutern „Wieso stehen den Aufwendungen für die Fehlbelegungsabgabe keine Einnahmen gegenüber?“.

Stellungnahme:

Die Fehlbelegungsabgabe wird nicht als Ertrag über den Haushalt gebucht. Die Verbuchung erfolgt nach den Vorgaben des Ministeriums des Innern und für Sport. Die Fehlbelegungsabgabe wird zweckgebunden gesondert vereinnahmt und für einen vorgegebenen Zeitraum verausgabt. Nicht verausgabte Mittel werden dem Land Hessen zurückgeführt.

Die FDP-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 74 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Vorläufiges Ergebnis 2016 waren 621.000,00 €. Ansatz 2016, 2017 und 2018 ist der Ansatz 0,00 €. Weshalb ist der Ansatz 0,00 €. Wo steht die Erstattung der Fehlbelegungsabgabe der Stadt Taunusstein?“.

Stellungnahme:

Aufwendungen und Erstattungen für Flüchtlingsarbeit in 2016 noch bei Produkt 10.522.01 gebucht, ab 2017 eigenes Produkt (05.315.03), daher Ansatz 2017 und 2018 bei 0,00 €.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 75 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Woher kommt diese Auszahlung?“.

Stellungnahme:

Durch den Bau von Sozial-Wohnungen in Idstein und in Wörsdorf durch die KWB ist eine Beteiligung von 10.000,00 €/Wohnung der Stadt Idstein erforderlich.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 77 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Erläutern: „Unterhaltung von Grünschnittcontainern: Warum zahlt die Stadt für die Unterhaltung der Grünschnittcontainern? Vereinbarung mit EAW sieht dies eigentlich nicht vor.“.

Stellungnahme:

Die EAW übernimmt nur die Basisunterhaltung, von der Stadt wird z.B. die Reinigung im direkten Umfeld der Grünschnittcontainer durchgeführt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu Ifd. Nr. 94 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Antrag: „Erhöhung des Ansatzes um 5.000,00€ für die Maßnahme „Blühendes Idstein“.“.

Stellungnahme:

Siehe Ifd. Nr. 86 (Liste 1)

**Beschluss:**

Der Ansatz wird um 5.000,00 € für die Maßnahme „Blühendes Idstein“ erhöht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 7 Nein: 5 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 100 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung des Ansatzes um 12.000,00 € für die Einstellung eines Klimaschutzmanager.

Stellungnahme:

Hierfür ist im Stellenplan keine Stelle vorhanden.

**Beschluss:**

Der Ansatz wird um 12.000,00 € für die Errichtung der Stelle eines Klimaschutzmanager erhöht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 5 Nein: 7 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 101 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Erhöhung des Ansatzes um 10.000,00 € für die Fortschreibung des Klimaschutzgutachtens.“

Stellungnahme:

Für Fortschreibung sind 10.000,00 € zu veranschlagen.

**Beschluss:**

Der Ansatz wird um 10.000,00 € für die Fortschreibung des Klimaschutzgutachtens erhöht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ja: 8 Nein: 4 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 102 (Liste 1): Antrag der CDU-Fraktion betr.: Antrag: „Der Zuschuss zu den Druckkosten für den ornithologischen Jahresbericht wird gestrichen. Dem NABU wird angeboten, den Bericht als pdf-Dokument kostenfrei auf der Homepage der Stadt Idstein einzustellen, was im Übrigen auch die Verbreitung und Zugänglichkeit für die interessierte Öffentlichkeit erhöht. Zusätzlich wird dabei im Sinne von Nachhaltigkeit Papier gespart.“

Stellungnahme:

Die Einstellung als PDF-Datei auf die Homepage der Stadt Idstein wird so befürwortet.

**Beschluss:**

Der Ansatz wird um 1.000,00 € gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 5 Nein: 7 Enthaltung: 0

Tagesordnung II

Zu lfd. Nr. 103 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Personalkosten höher, warum? Warum Reduzierung Zuschuss?“.

Stellungnahme:

Personalkosten höher, wegen Auslauf der befristet vereinbarten Stundenreduzierung. Reduzierung der Zuschüsse an Idsteiner Naturschutzverbände/-vereine erfolgte im Zuge der Zielsetzung "Haushaltskonsolidierung"

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 129 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Sachstand Effizienz in der Kita?“.

Stellungnahme:

Am 21.03.2017 fand die Sitzung des Runden Tisches „Effizienzsteigerung Kindertagesstätten" statt. Nach Beratung und fachlichen Austausch aller am Prozess beteiligten Interessensgruppen wurde der Antrag für erledigt erklärt. Eine Effizienzsteigerung Kindertagesstätten ist nicht ohne Qualitätsabbau realisierbar. Die bedarfsgerechte Anpassung (Reduzierung) der Öffnungszeiten und die Streichung der Ferienbetreuung wären dahingehend eine Qualitätssteigerung im Kontext einer Verringerung des städtischen Zuschussbedarfes. Weitere Arbeitstreffen wurden nicht vereinbart.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 130 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Sachstand Mittagessensauschreibung für die Kitas?“.

Stellungnahme:

Das Verfahren wurde erfolgreich am 12. Oktober 2017 mit der erneuten Beauftragung des Caterer „Calis Biocatering“ abgeschlossen. Zwei Angebote wurden fristgerecht am 22. August 2017 eingereicht. Ein Angebot entsprach nicht den Vorgaben der Ausschreibung im Punkt „Anlieferung warmer und verzehrfertiger Speisen in beheizbaren Thermoporten“, so dass ein Ausschluss erfolgte. Die Vertragslaufzeit ist vom 1.1.2018 bis 31.12.2020 mit einmaliger Verlängerung bis zum 31.12.2022.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

Zu lfd. Nr. 151 (Liste 1): Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Antrag: „Stelle eines halben Klimaschutzmanagers für letztes Quartal 2018.“

Stellungnahme:

Eine Planstelle für einen Klimaschutzmanager ist im Stellenplan nicht vorhanden.

Der Antrag wurde abgelehnt (siehe lfd. Nr. 151 (Liste 1))

Zu lfd. Nr. 163 (Liste 1): Antrag der FWG-Fraktion betr.: Erläutern: „Welches Amt ist zuständig? Ist der Betrieb des Bolzplatzes sichergestellt?“.

Stellungnahme:

Der Bolzplatz Niederauroff ist zum Großteil bespielbar. Die linke Seite (Waldseitig) ist nass durch defekte oder nicht vorhandene Drainage. Die Problematik liegt hauptsächlich in der Wasserführung. In Abstimmung mit der SWI wird hier eine mittelfristige Lösung angestrebt.

Die FWG-Fraktion erklärt aufgrund des Berichtes der Verwaltung den Antrag für erledigt.

12	<b>Mitteilungen des Magistrats</b>
----	------------------------------------

**Bemerkungen:**

Bürgermeister Herfurth teilt mit, dass keine Mitteilungen des Magistrats vorliegen.

13	<b>Verschiedenes</b>
----	----------------------

**Bemerkungen:**

Stadtverordnete Uhe berichtet im Kontext der Förderung des Tourismus in Idstein über einen internationale Homepage, welche einen sehr informativen Beitrag über Idstein im Mai 2017 veröffentlichte. Weitere Informationen zur Homepage „California Globetrotter“ sind unter dem nachfolgend aufgeführten Link erhältlich: <https://www.caliglobetrotter.com/idstein-the-cutest-day-trip-from-frankfurt/>

Stadtverordneter Dr. Dambeck berichtet über das Crowdfunding-Projekt zugunsten der aktuellen Umbaumaßnahmen am Bolzplatz in Niederrod. Das Projekt, das mit sehr viel ehrenamtlicher Eigenleistung und Engagement von der Dorfgemeinschaft (ca. 20 Ehrenamtliche, Sport- und Kulturverein, Ortsbeirat) umgesetzt und von der Stadt Idstein sowie zusätzlich mit vom Rheingau-Taunus-Kreis eingeworbenen Mitteln (Zukunft Dorfmitte) finanziell unterstützt wird, wird voraussichtlich im Frühjahr 2018 mit dem Einsäen der Spielfläche abgeschlossen. Die via Crowdfunding eingenommenen privaten Spenden sollen zur Anschaffung der Materialien für einen randlichen Begrenzungszaun eingesetzt werden. Partner ist die vr bank Untertaunus eG. Für jeden Unterstützer, der sich dabei mit mindestens 10,00 € beteiligt, legt die vr bank Untertaunus eG nochmal 5,00 € dazu. Link zur Homepage „Crowdfunding“

<https://vrbank-untertaunus.viele-schaffen-mehr.de/damitderballrollt>

Da keine weiteren Punkte vorgetragen werden, schließt Ausschussvorsitzende Ludwig die Sitzung um 21:15 Uhr und bedankt sich für die unterjährige gute Zusammenarbeit im Ausschuss.

Petra Ludwig  
Vorsitzende

Markus Tuschy  
Schriftführer